

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 13

Druckort: Cottbus.
 Demographische Vierteljährlich 1,50 Mk. Nur Postbest.
 Zeitungen bei allen Postämtern

Berlin, den 20. März 1932

Verlagsstelle: Berlin O2, Neuer Markt 5-121V
 Fernruf: Berlin 82, Rappelergraben 1129
 Anzeigen werden nicht aufgenommen

48. Jahrgang

Der Krisentongress der Gewerkschaften

der zum Auftakt werden muß für einen groß angelegten Kampf um die so notwendige Arbeitsbeschaffung, wird am 23. März in Berlin stattfinden. Jahrelang schon leiden Millionen Menschen unter der furchtbaren Weisheit der Erwerbslosigkeit und noch nie ist etwas geschehen, was man mit gutem Gewissen als ernsthafte Maßnahme zur Beseitigung dieses Notstandes ansprechen könnte. Allen Forderungen der Gewerkschaften nach Arbeitsbeschaffung gegenüber blieb man taub und stumm. Das Fehlen der materiellen Mittel zur Durchführung größerer Projekte zum Zwecke der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für einen größeren Teil der notleidenden Volksgenossen war die billige Begründung für eine absolut passive Haltung. Niemand zeigte ein Interesse, den allgemeinen Notstand, der schon längst zu einer allgemeinen Volksgesfahr geworden ist, zu beheben.

Einzig unsere Gewerkschaften nehmen sich der Notleidenden an. Durch ihre Unterstützungseinkrichtungen, die sie zum Teil weit über die statistischen Bestimmungen hinaus für die Zeit der Not ausbauten, sind sie den Hilfsbedürftigen beigegeben. Sie haben damit so manchen vor der Verzweiflung geschützt, sie haben in ihrer stillen Art Notstände gemildert, die ohne diese Hilfe oft genug zu einer Katastrophe geführt hätten.

Doch die Gewerkschaften können nicht selbst Arbeit beschaffen und damit die Wurzel des Übels angreifen. Sie können lediglich die Interessen der ihnen angeschlossenen Mitglieder wahrnehmen und fordern, daß etwas getan wird, um den grauenvollen Zustand des ständigen Hungerns von Millionen von Volksgenossen zu beseitigen. Die Stimme der Gewerkschaften, so laut und eindringlich sie auch schon erhoben worden ist, blieb seither immer ungehört. Die für die Wirtschaft Deutschlands maßgebenden Menschen haben andere Sorgen, als daß sie sich um die Not des Volkes kümmern könnten. Solange sie selbst nichts von Not und Entbehrung kennenlernen, solange ist ihnen die Lebenslage des größten Teiles der Bevölkerung gleichgültig. Mit den kleinen und kleinsten Mittelstücken, wie Hausamteilungen und ähnlichem, versuchte man die durch Notverordnungen erfolgte Kürzung der staatlichen und kommunalen Unterstützung zu verdecken. Der Ursache allen Leides jedoch ging man im großen Bogen aus dem Wege.

Dieser Gleichgültigkeit gegenüber aller Volkssnot gilt es heute zu Leide zu geben. Ganz zweifellos hat der Beschluß der letzten Bundesausschussung, einen Krisentongress der deutschen Gewerkschaften einzuberufen, um auf diesem nicht

nur verständlich für die verantwortlichen deutschen Staatsmänner, sondern für die ganze Welt die Not des schon so lange arbeitslosen deutschen Arbeiters und der deutschen Arbeiterin eindringlich darzustellen, doch etwas an das Gewissen der für Beschaffung von Arbeit zuständigen Stellen gerührt. Denn anders ist es nicht zu erklären, daß nunmehr endlich Arbeitsbeschaffungspläne bekanntwerden, die für einige Hunderttausend Lohn und Brot bringen sollen. Die „Gewerkschafts-Zeitung“ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes dürfte nicht Unrecht haben, wenn sie dieses plötzliche Auftauchen solcher Pläne mit der Absicht des Reichsarbeitsministeriums begründet, nicht „mit leeren Händen“ vor den Krisentongress der Gewerkschaften zu treten.

Dabei bleibt eines zu wünschen, daß sich dieser erste schüchterne Versuch zur Beschaffung von Arbeit nicht wieder als ein großer Bluff zur Beeinflussung des Gewerkschaftstongresses erweisen wird. Daß diese Befürchtung nicht ganz unbegründet ist, zeigen bürgerliche Zeitungsnachrichten, nach denen sich die zuständigen Ressortministerien bemühen, die Unmöglichkeit der Finanzierung aller großen Arbeitsbeschaffungspläne nachzuweisen. Es wird gesagt, daß dem Reichskabinett der Plan des Arbeitsministers, der die dringlichsten bauwürdigen Projekte im Gesamtbetrage von 1,2 Milliarden Mark enthält, schon seit längerer Zeit vorliege, daß jedoch der Arbeitsminister keine Rücksicht auf die Finanzierungsmöglichkeiten genommen habe, da diese von anderen Ressorts zu prüfen seien. Die bürgerlichen Pressemittelungen deuten an, daß es sehr unwahrscheinlich sei, daß die Regierung ein umfangreiches Arbeitsbeschaffungsprogramm beschließe, denn Reichsbank, Reichsfinanz- und Reichswirtschaftsministerium, die die finanzielle und wirtschaftliche Seite aller Pläne zu prüfen haben, seien übereinstimmend der Auffassung, daß keiner der seither gemachten Finanzierungsvorschläge durchführbar sei. Falls diese Meldungen richtig sind, würden sie bedeuten, daß zwar dem Kongress der Gewerkschaften gegenüber mit den Arbeitsbeschaffungsplänen der Regierung resp. des Arbeitsministers operiert wird, daß jedoch im Ernst niemand daran denkt, diese Pläne auch zu verwirklichen.

Will man wirklich dem Gewerkschaftstongress ein solches Beruhigungspulver eingeben? Wir sind der Meinung, daß für solche „Scherze“ die heutige Zeit wirklich nicht geeignet sein kann. Wir haben recht deutlich zu fordern, daß auch für die seit Jahren notleidende Arbeiterschaft die Mittel aufgebracht werden, die notwendig sind, um für die Millionen Arbeitslosen Lohn und Brot zu beschaffen. Was anderen Berufsständen in

Hülle und Fülle zu geben recht war, muß den notleidenden Arbeitslosen billig sein. Denn darüber kann keiner hinweg, daß an Landwirtschaft und Industrie in so mancherlei offener und verdeckter Form Liebesgaben geflossen sind, deren Gesamtbeträge in die Milliarden gehen. Für alle diese Subventionen und besonderen Hilfeleistungen, gleichgültig, in welcher Art sie gegeben worden sind, war Geld in Hülle und Fülle vorhanden, denn jene „Hilfsheilschenden“ verstanden zu schreien, verstanden die Türen der Vorzimmer in den Ministerien zu belagern, verstanden auch, politischen Druck auszuüben. Die notleidende Arbeiterschaft hat hieraus zu lernen, sie hat aus ihrer bekümmerten, einsichtigen Haltung herauszutreten, sie hat gleichfalls ihre Not in die Welt hinauszuschreien, sie darf die verantwortlichen Regierungsmänner so lange nicht zur Ruhe kommen lassen, solange ihr nicht ihr selbstverständliches Recht wird, genau so behandelt zu werden wie die übrigen Volkstriebe. Der Krisentongress der Gewerkschaften soll der Auftakt sein zu einem groß angelegten Kampf um Arbeitsbeschaffung!

Der Arbeitsmarkt im Februar.

Die von der Regierung angeordnete und drakonisch durchgeführte Lohnsenkungsaktion zeigt in immer stärkerem Maße ihre verheerenden Folgen für den Arbeitsmarkt. Anstatt der erhofften „Ankurbelung der Wirtschaft“ sinkt der Beschäftigungsgrad immer tiefer. Die Papierverarbeitende Industrie, die doch in der Hauptsache auf kulturelle Bedürfnisse zugeschnitten ist, leidet unter dieser starken Schrumpfung der Kaufkraft ganz besonders. Das ist in die Augen springend, wenn man sich die Arbeitslosenziffern von Ende November und jetzt vorhält. Während wir Ende November 32,6 Proz. Arbeitslose hatten, haben wir jetzt 41,3 Proz. Dagegen hielt sich die Kurzarbeiterziffer mit 32,2 Proz. fast auf derselben Höhe.

Ein Vergleich der Entwicklung des Arbeitsmarktes in den letzten Monaten und vor einem Jahre zeigt folgendes Bild. Es waren vorhanden:

	Arbeitslose	Kurzarbeiter
1931		
Januar	14 407 = 25,5 %	18 687 = 33,0 %
Februar	14 564 = 25,9 %	20 802 = 37,0 %
1932		
Januar	20 150 = 39,7 %	16 748 = 33,0 %
Februar	20 712 = 41,3 %	16 154 = 32,2 %

In einzelnen mittleren Zahlstellen, wie Wurzen, Eisenberg und Seiffennersdorf mit 512, 578 bzw. 250 Mitgliedern ist die gesamte Kollegenschaft von völliger oder teilweiser Arbeitslosigkeit betroffen.

In unseren zehn größten Zahlstellen ist das Bild des Arbeitsmarktes ein sehr unterschiedliches. Während z. B. Berlin 52 Proz. Arbeitslose und nur 21 Proz. Kurzarbeiter hat, sind

in Dresden nur 35 Proz. Arbeitslose, dagegen 56 Proz. Kurzarbeiter, so daß Berlin noch 27 Proz. Vollarbeiter aufweist, während Dresden nur 9 Proz. zählt. Die gedrückteste Lage zeigt Leipzig mit 46 Proz. Arbeitslosen und 50 Proz. Kurzarbeitern, so daß nur 4 Proz. voll beschäftigt sind. Im einzelnen entfielen in den nachstehend aufgeführten zehn Zahlstellen auf 100 Mitglieder:

	Arbeitslose	Kurzarb.	Arbeitsl. und Kurzarb. zus.	Hon.-arb.
1. Nürnberg . . .	53	25	78	22
2. Berlin . . .	52	21	73	27
3. Leipzig . . .	46	50	96	4
4. Hamburg . . .	42	15	57	43
5. Hannover . . .	37	25	62	28
6. Bielefeld . . .	37	31	68	22
7. Stuttgart . . .	36	43	79	21
8. Frankf. a. M. . .	36	54	90	10
9. Dresden . . .	35	56	91	9
10. München . . .	28	15	43	57

Fortgesetzt laufen aus dem Reich noch Meldungen über weitere Verschlechterungen des Arbeitsmarktes ein. In Würzen hat die Firma Zimmermann und Breiter den Konkurs angemeldet, wobei die Arbeiterschaft durch rückständige Löhne noch besonders stark in Mitleidenschaft gezogen ist. Die Firma Weising in Grimma, die in normalen Zeiten rund 1000 Personen beschäftigte und in letzter Zeit nur noch einen Bestand von 350 bis 400 Personen aufwies, hat Stilllegung des Betriebes angemeldet, sie will nach der Sperrfrist etwa die Hälfte des Personals entlassen. Ebenso hat in den letzten Tagen eine größere Kunst-Druckanstalt in Niedersiedlich, die etwa 350 Personen beschäftigte, Stilllegung des Betriebes beantragt; ebenso die Kartonnagenfabrik von Behner in Dresden mit etwa 750 Beschäftigten u. a.

Nach den ganzen Umständen und den Konjunkturberichten aus den Betrieben, die für 500 Betriebe mit 31 200 Beschäftigten vorliegen, ist auch in der nächsten Zeit mit einer Besserung nicht zu rechnen.

mk.

Gautag im Gau Nordosten.

Abgehalten in Frankfurt a. d. O. am 5. und 6. März.

Dem Gautag ging eine Vorbesprechung am Abend des 5. März voraus, die von einer großen Zahl interessierter Kollegen besucht war. Nach einer Begrüßung durch den Gauleiter, Kollegen Lemser, wurden als Vorsitzende die Kollegen Priemer-Berlin und Büsching-Frankfurt a. d. O. und als Schriftführer die Kollegen Petermann-Berlin und Grüß-Kottbus gewählt. Als Revisoren der Gauftage wurden die Kollegen Giffler-Eberswalde und Zander-Stettin bestimmt. Die Tagesordnung lautete:

1. a) Geschäftliches. Referent Kollege H. Lemser.
b) Kassenbericht. Referentin Kollegin R. Zimmermann.
2. Situationsberichte aus den Zahlstellen und Einzelorten.
3. Der Verbandstag in Leipzig. Referent Kollege W. Drehwald.
4. Beratung der vorliegenden Anträge zum Verbandstag und zum Gauftatut.
5. Allgemeines.

Auf dem Gautag waren vertreten 11 Zahlstellen und 8 Einzelorte, sowie der Gauvorstand mit 5 Mitgliedern. Kollege Büsching begrüßte die Erschienenen im Namen der Zahlstelle Frankfurt und wünschte, daß sie zum guten Gelingen des Gauftages mit beitragen helfen. Ein Musiktrio vom Frankfurter Kollegen und vom Kollegen Kohnert-Königsberg verfaßte Lieder hielten die Kollegen noch einige Zeit zusammen.

Der Gautag selbst wurde am 6. März mit zwei Begrüßungsgedichten des Gesangvereins „Gutenberg“ eingeleitet und vom Kollegen Lemser anschließend er-

öffnet. Nach den üblichen Formalitäten erstattete Kollege Lemser den Geschäftsbericht. Nach einer Pause von vier Jahren soll der Gautag durch seine Beratungen neue Waffen schmieden für den Ausbau unseres Verbandes und Mittel und Wege suchen, um die wirtschaftliche Lage zu heben. Im Jahre 1928 waren wir in Potsdam zusammen. Das Jahr hielt sich bis kurz vor seinem Ende auf guter Höhe, und damit war auch eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die bereits im Jahre 1927 ihren Anfang genommen hatten, zu konstatieren. Durch die dann einsetzende Wirtschaftskrise, die sich stetig steigerte, ging auch die Arbeitslosigkeit in unserem Berufe bis zu ihrem heutigen Höchststand. — Ein großes Hemmnis in der Entwicklung ist zweifellos die Zersplitterung der Arbeiterklasse. Nicht nur, daß sie sich den Luxus gestattet, sich in mehrere politische Parteien zu spalten, es bestehen auch noch besondere gewerkschaftliche Organisationen, durch die die Stöckkraft der Gewerkschaften sicherlich nicht erhöht wird. Diese Uneinigkeit kann nicht genug verurteilt werden. Im Gau Nordosten ist von diesen Störungen glücklicherweise nicht viel zu spüren. — Wir haben einen geringen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Am Schlusse des Jahres 1931 hatten wir im Gau 24 Prozent Arbeitslose und 23 Prozent Kurzarbeiter. Betriebsstilllegungen wurden zwei gemeldet. Lohnbewegungen wurden in den verflochtenen Berichtsjahren elf geführt, davon waren sieben mit vollem Erfolg, eine mit 300 Mitgliedern mit Teilerfolg und drei mit 250 Mitgliedern blieben erfolglos. — Im Ostbezirk wurden vier Bezirkstage abgehalten und vom Gauvorstand besucht. Von den Gaumitgliedern konnten zwei auf die Bundeschule zur Weiterbildung geschickt werden. An jugendlichen Mitgliedern hatten wir Ende 1931 87 Kollegen und 23 Kolleginnen. Als Betriebsräte sind tätig 47, darunter 13 Kolleginnen.

Den Kassenbericht erstattete Kollegin Zimmermann.

Anschließend berichteten die Delegierten aus den Zahlstellen und Einzelorten. In Berlin ist die Arbeitslosigkeit sehr groß, die Zahlstelle brauchte 1931 mehr als 100 000 Mk. Zuschuß. — In Frankfurt sind reine Buchbindereien nicht vorherrschend, wohl aber Buchdruckereien und Lütenfabriken. In den letzteren sind 50 Prozent der Belegschaft organisiert. — In Kottbus ist der größte Teil unserer Mitglieder arbeitslos. Ein Beschäftigter in den Großstädten ist nicht möglich. Die Firma Enke ist tonangebend. — In Stettin sind 40 Prozent der Mitglieder arbeitslos. Die Jugendbewegung ist gut. — Königsberg hat 55 Prozent Arbeitslose. In Ostpreußen selbst sind 13 neue Mitglieder gewonnen worden. — In Tilsit ist der Zusammenhalt der Kollegen gut. — In Potsdam steht trotz des Potsdamer Geistes die Kollegenschaft restlos organisiert hinter der Verwaltung. — In Spremberg ist weniger Arbeitslosigkeit vorhanden. Betriebsräte sind von uns überall eingeleitet. — Der einzige Betrieb in Sorau ist tariflos, 27 Mitglieder sind am Orte. — Durch die Wirtschaftskrise sind in Köslin traurige Verhältnisse eingetreten. — In Stolp sind verschiedene Betriebe geschlossen worden und — Buchdrucker verrichten Buchbinderarbeiten! — Die Organisation in Eberswalde ist gut, trotz nur 24stündiger Arbeitszeit. Eine Zusammenarbeit mit dem graphischen Kartell ist nicht möglich. — Auch in Oranienburg ist alles gut organisiert, die tariflichen Verhältnisse sind ebenfalls gut. — In Angermünde ist der einzige Betrieb, in dem Kollegen beschäftigt waren, geschlossen worden. Daher sind alle Mitglieder arbeitslos. — Ein Teil der Kollegen in Greifswald will sich nicht organisieren. Mit diesen ist schwer zu arbeiten. — In Strausberg sind die Lohnverhältnisse gut. — Die Mitgliederzahl in Neudamm ist im Verhältnis zur Zahl der Beschäftigten sehr gering, von 40 Beschäftigten sind nur 8 organisiert. — Von Guben ist nichts Erfreuliches zu berichten, nur ein Kollege ist im Beruf tätig. Die Kolleginnen sind im Hutarbeiterverband organisiert. — In Neuruppin sind von vier Mitgliedern nur zwei in Arbeit. An die Bilderbogenfabriken ist schlecht heranzukommen.

In seinem Schlußwort ging Kollege Lemser kurz auf diese Berichte ein.

Den 3. Punkt der Tagesordnung: „Der Verbandstag in Leipzig“, leitete Kollege Drehwald mit einem Vortrag ein. Er wies auf die stark veränderte Situation hin, in der sich die Arbeiterschaft und ihre Organisationen gegenüber der Zeit unseres letzten Verbandstages in Düsseldorf befinden. Die

Zeitercheinungen haben auch unserem Verband ihre Stempel aufgedrückt. Der in Aussicht stehende Verbandstag wird den Mut haben müssen, einige notwendige Operationen vorzunehmen, um die Aktivität des Verbandes zu erhalten. Bei der Besprechung der einzelnen Tagesordnungspunkte des Verbandstages ging Kollege Drehwald mit Hilfe der Zahlen über Einnahmen und Ausgaben seit dem Jahre 1928 eingehend auf die Beitrags- und Unterstützungsfragen ein und betonte mit Nachdruck, daß eine Beitragsentlastung im Interesse der Unterstützungsleistungen vermieden werden müsse, da sonst die sowieso schon notwendigen Abstriche zu empfindlich für die Mitglieder werden würden. Die Invalidenunterstützung erfordert ebenfalls noch besonders eingehende Reformen und auch eine Verbreiterung ihrer Basis durch Ausdehnung auf weitere Beitragsklassen, wenn sie lebensfähig bleiben soll. Veranlaßt durch Ausführungen des Kollegen Büsching beim ersten Punkt der Tagesordnung, ging Drehwald dann auf die Beitragsfrage ein und wies nach, daß seit dem letzten Verbandstag der Verbandsvorstand keinen Anlaß zur Einberufung des Beirats gehabt habe und für seine Einberufung auch nie eine Mehrheit unter den Beiratsmitgliedern vorhanden gewesen sei. Im übrigen sei es aber im Interesse des Verbandes besser, wenn ein logischerer Aufbau der Verbandskörperschaften herbeigeführt würde, denn der heutige Zustand sei nicht gerade erfreulich und müsse im Sinne der Zweckmäßigkeit geändert werden.

Bezüglich der Tarif- und Lohnbewegungsfragen ist grundsätzlich an dem System der Reichstarife festzuhalten. Der Verbandstag müßte aber zu den Gepllohenheiten des Reichsarbeitsministeriums auf dem Gebiete des Tarifwesens Stellung nehmen, denn vieles, was hier geschieht, können wir nicht mehr mitmachen. Dann hob Drehwald noch hervor, daß auch beim 5. Punkt der Tagesordnung die Delegierten des Verbandstages für den ausgeschiedenen Kollegen Zander und für den aus gesundheitlichen Gründen ebenfalls ausschließenden Kollegen Hauelsen entsprechende Nachfolger suchen müssen, was gleichfalls eine für den Verband sehr wichtige Angelegenheit sei. Drehwald hofft, daß der Verbandstag zu Leipzig die dem Verband und seinen Mitgliedern dienlichen Beschlüsse fassen wird, so daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten überbunden und die Grundlagen für einen neuen Aufstieg gelegt werden.

In der Diskussion wurde von einigen Delegierten erklärt, daß sie im Gegensatz zu ihren bisherigen Auffassungen sich damit abfinden, daß die Beiträge so bleiben, wie sie heute sind, nur soll man bei der Ausdehnung der Invalidenunterstützung auf die Beitragsklassen 3 und 2 einen Weg suchen, damit im Augenblick eine Beitragserhöhung für diese Beitragsklassen nicht eintrete. Im übrigen wurden die Ausführungen des Referenten in zustimmendem Sinne behandelt.

Unter „Anträge“ kamen zunächst die Anträge der Zahlstelle Stettin zur Verlesung, die nicht rechtzeitig dem Gauvorstand eingereicht worden waren. Durch Beschluß des Gautages wurden diese an die Zahlstelle zurückverwiesen, damit sie von ihr selbst dem Verbandsvorstand eingereicht werden können. Ein Antrag der Zahlstelle Kottbus, nach dem Beiratsringe noch 13 Beiträge leisten müssen, wenn sie ausgelernt haben, wurde zurückgezogen und an dessen Stelle zu beantragen beschlossen: „Beiratsringe, die ausgelernt haben, sind noch 26 Wochen als Gehilfen im Betrieb zu behalten.“ Der Antrag soll dem Verbandsvorstand und dem Tarifausschuß überwiesen werden. —

Anträge der Zahlstellen Königsberg und Kottbus, nach denen Arbeitslose und Kranke die Möglichkeit haben sollen, Invalidenbeiträge zu leisten, wurden abgelehnt, desgleichen Anträge der Zahlstellen Kottbus und Frankfurt zu § 7.

Die Anträge des Gauvorstandes zum Gauftatut wurden kurz vom Kollegen Weller begründet. Der Gaubeitrag wird auf 2½ Prozent erhöht. Ein Antrag der Zahlstelle Stettin, für die Gautagung jeweils zwei Tage in Aussicht zu nehmen, wurde dem Gauvorstand überwiesen. Die Entschädigungen für Vertrauenspersonen wurden von 2 auf 3 Prozent erhöht. Der nächste Gautag soll in Spremberg abgehalten werden.

Zum Schluß gab Kollege Priemer einen Ueberblick über den Verlauf der Tagung, er dankte der Zahlstelle Frankfurt und den Delegierten für die geleistete Arbeit und schloß den Gautag mit einem Hoch auf den Verband. P r i e m e r, Berlin.

Das vierjährige Vermächtnis.

I.

Für die Leipziger Kollegenschaft bedeutete in früheren Jahren der 19. März einen kleinen Feiertag, der von einem Teile wenigstens sehnsüchtig erwartet wurde. Galt es doch an diesem Tage, ein Vermächtnis zu feiern — das sogenannte „Vierjährige“ —, dem dann mit der Inflation das Lebenslicht ausgeblasen wurde, das aber im Kreise der älteren Kollegen noch in der Erinnerung weiterlebt und in deren Unterhaltungen gern Erwähnung findet.

In einer 1894 erschienenen kleinen Schrift von Fesef „Chronik der Buchbinderinnung zu Leipzig“, ist das Testament des Stifters abgedruckt. Dieser Schrift finden auch die Unterlagen zu diesem Artikel entnommen.

Am 13. April 1810 starb in Leipzig der Buchbindermeister Balthasar Vierſch, der in einem beim Kreisamt niedergelegten Testament die Buchbinderinnung als Erben über sein gesamtes bewegliches und unbewegliches Vermögen einsetzte.

Im Testament war bestimmt, daß sich die Innung alljährlich am 19. März — dem Todestag der im Jahre 1807 verstorbenen Ehefrau des Meisters — nachmittags zwischen zwei und drei Uhr zu einer Feier bei offener Kade zusammenfinden solle. Dabei müsse ein von Vierſch gestifteter silberner Tempel auf der Tafel stehen, ihm zur Seite einige brennende Lichter. Die Feier sollte umrahmt werden von dem Vortrag dreier Choräle durch 56 der auch schon damals als gute Sänger bekannten Thomasschüler. Als Entgelt für den Gesang wurden jedem Schüler 12 Groschen aus dem Zinsertrag des Vermächtnisses ausgezahlt, dem Thomastantor, der die Erlaubnis dazu geben mußte, 10 Taler.

Nach dem Willen des Stifters sollte dem an der Feier teilnehmenden Obermeister 40 Taler, dem 2. und 3. Obermeister je 15, drei Beisitzern je 8, dem Jungmeister 5 und jedem andern Meister je 2 Taler ausgehändigt werden. Außerdem sollte erhalten der Gesellenvater 15 und dessen Beisitzer 10 Taler.

Aber auch die Gesellen hatte der Verstorbene im Testament bedacht. Er verfügte für den ab- und antretenden Altgesellen 5 Taler, für den ab- und antretenden Junggesellen 3 Taler. Für alle andern Gesellen, zu denen auch Alt- und Junggesellen gehören sollten, zu einer am gleichen Tage zu veranstaltenden „Ergleichheit“ wurden 30 Taler bestimmt.

Bei etwaiger Verringerung oder Erhöhung des Kapitals war vorgesehen, die Legate entsprechend zu ändern, die Entschädigung der Thomasschüler sollte aber ungeändert gezahlt werden. Besondere Sorge hatte Vierſch um den von ihm gestifteten silbernen Tempel, einem Meisterwerk damaliger Goldschmiedekunst. Mit großer Einbringlichkeit wurde die Innung verpflichtet, alles aufzubieten, dieses Erbstück für alle Zeiten zu erhalten.

Einige kurze Bestimmungen über Grabstätte und Grabstein beschließen das Testament, dem noch dieser Nachsatz angehängt ist:

„Ich wünsche Ihnen, meine Freunde und mit Meister, beste Lage; als ich auf Erden gehob habe. Meine lausbahn War traurig, ich Ronte nicht wieder das Schicksal, ich wünsche Ihnen nochmals Gottes ganhen Segen Sie und Ihren Kindern und nachkommenchaft aus Einem herzen voller Liebe u. Achtung.
Gottſchilf Balthasar Vierſch.“

Dem Testament nach war die Erbschaft nicht unbedeutend; der Zinsertrag wurde durch den Stifter selbst auf mindestens 300 Taler jährlich geschätzt. Nach des Meisters Tode meldeten sich aber noch Erben und Gläubiger, die Ansprüche geltend machten. Dagegen mußte die Innung langwierige Prozesse führen, die natürlich einen Teil des Kapitals verschlangen. Infolge der bald um Leipzig einsehenden Kriegshandlungen wurde die Stiftung mit Kontributionen belegt. Ein zur Erbschaft gehörendes Grundstück wurde durch Beschließung erheblich beschädigt, zwei weitere Grundstücke litten ebenfalls, da infolge der langwierigen Erbschaftsregulierung zur Erhaltung nichts getan wurde, so daß also deren Wert bei dem späteren Verkauf erheblich gesunken war.

So verfloßen die Jahre, ohne daß die Innung mit dem Auszahlen der vom Stifter ausgelegten Legate begann. Im Jahre 1833 sah sich endlich die Stadt veranlaßt, durch einen Beamten eine Prüfung des Vermächtnisses vorzunehmen, um dem Willen

des Stifters Rechnung zu tragen. Und da stellte sich heraus, daß die Stiftung um erhebliche Beträge erleichtert worden war. Man konnte jedoch infolge mangelhafter Buchführung nicht mehr nachweisen, durch wessen Schuld sie verlorengegangen waren. Aber auch der dem besonderen Schutze der Innung anempfohlene Tempel hatte eine die Kuppel krönende echte silberne Engelsfigur eingebüßt, und auch die beiden dazugehörenden, vom gleichen Metall gefertigten Leuchter waren verschwunden; niemand wußte, wer sich daran bereichert hatte.

Nach jahrelangen Bemühungen war es endlich gelungen, eine genaue Schlußabrechnung über das Vermächtnis aufzustellen, das Vermögen betrug noch 4700 Taler mit einem Zinsertrag von 138 Talern jährlich. Im Jahre 1836 konnte zum ersten Male mit der Auszahlung der Legate begonnen werden, und zwar dem Ertrag entsprechend stark gekürzt.

Die Chronik berichtet nichts über die Person des Meisters Vierſch. Lediglich aus einem Strafregister der Innung ist zu ersehen, daß er aus Berlin ge-

bürtig war, und jedenfalls auf der Wanderschaft nach Leipzig kam. Nach kurzer Anwesenheit meldete er sich wieder fremd, war aber vor Ablauf eines Vierteljahres wieder in Leipzig. Nachdem er sein Herz an eine schon alternde Dame verlor und den Ehebund mit dieser schloß, wurden ihm Fesseln angelegt, und damit wurde Vierſch an die Buchbinderstadt gebunden. Vorbet war die alte Burschenherlichkeit. Als ehrbarer Meister der Kunst vom Falbein, Pinſel und Preßbengel erübrigte er sich ein schönes Vermögen. In den Zusammenkünften der Innung fand er bei der langen Pfeife und einem guten Schoppen Erholung und Zerstreuung von der grauen Einsamkeit in Werkstatt und Haus. Auf dem Leichenstein des noch heute erhaltenen Grabes ist sein Geburtsjahr mit 1750 angegeben, mithin ist er im Alter von 60 Jahren gestorben; die Ehefrau aber ist 1719 geboren, erreichte also ein Alter von 87 Jahren und war 31 Jahre älter als er. Der große Altersunterschied läßt darauf schließen, daß die Ehe keine glückliche gewesen sein wird. (Schluß folgt.)

„Lohnabbau“ auch bei den Lehrlingen.

Aus den Berichten der Buchbinderinnungen im „Allgemeinen Anzeiger“ ist zu entnehmen, daß die Innungsmeister bei ihrer „Lohnbewegung gegen die Lehrlinge“ von Erfolg zu Erfolg eilen. Während die eine Innung selbstherrlich die „Neuregelung“ der Lehrlingsentschädigung diktiert, berichten andere davon, daß zu dieser sozialen Tat auch der Gesellenausschuß zugezogen war und daß dieser die Berechtigung der Herabsetzung anerkannt und der Neuregelung zugestimmt habe.

Gibt denn die Rechtslage den Innungen die Möglichkeit, die Entschädigung der Lehrlinge nach Willkür festzusetzen? Oder ist hierzu nicht auch die Zustimmung des anderen Vertragspartners notwendig? Die Entschädigungssätze sind doch, sofern der abgeschlossene Lehrvertrag Anspruch auf Vollständigkeit erheben will, festgelegt und eine Abänderung des Lehrvertrages kann doch nur mit Zustimmung beider Vertragsparteien erfolgen. Diese Erkenntnis dümmert jetzt langsam auch in den Innungstreifen, denn in einzelnen Berichten wird empfohlen, eine diesbezügliche Bestimmung dem Lehrvertrag anzuschließen.

Doch was soll man sagen, wenn sich auch der Gesellenausschuß dazu hergegeben hat, den Abbau gutzuheißen? Der Gesellenausschuß ist doch auch der Vertreter der Lehrlinge und deren Interessen müssen ihm mindestens ebenso heilig sein wie die der Meister. Dem wirtschaftlich Schwächeren zu dienen wäre hier Pflicht.

Nach den Berichten im „Allgemeinen Anzeiger“ werden in den nachbenannten Innungen die folgenden Lehrlingsentschädigungen gezahlt:

	1.	2.	3.	4. Lehrj.
	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.
Leipzig	5,—	6,—	7,50	10,50
Oberbayern	3,—	5,—	7,—	9,—
Stuttgart	3,50	5,—*	7,—	8,50
Hildesheim	3,—	4,25	6,—	8,—
Württemberg	3,—	4,—	5,50	6,50
Münster i. W.	3,—	4,—	5,—	6,—

Diese Beispiele zeigen, wie verschiedenartig die Neuregelung erfolgt. Neben Leipzig, das den Ruf hat, an der Spitze zu stehen, sehen wir äußerst geringe Entschädigungssätze. In Münster hat man ganz radikal abgebaut, im zweiten Jahr 20 Prozent, im dritten Jahr 30 Proz. und im vierten Jahr gar 40 Proz. Münster hat damit den Stand wieder erreicht, der bereits vor 30 und mehr Jahren allgemein üblich war.

*) Im 4. Halbjahr 5,50 Mt.

Neben den neuen Entschädigungssätzen selbst wäre von besonderem Interesse, zu erfahren, welche Begründungen man in den einzelnen Innungen für die „soziale“ Tat gebraucht hat. Vielleicht ist es gar die Lohnabbau-Notverordnung, die auch bei dieser Kürzung der Lehrlingsentschädigung mit herangezogen wurde. Oder war diese „Einsparung“ notwendig, um den finanziellen Unterbau des Handwerks in unserem Berufe zu festigen? Eine Berufung auf die Lohnabbauverordnung wäre wohl sehr billig, doch ein schreiendes Unrecht an den Lehrlingen. Denn diesen wurde bisher noch nie eine Erhöhung gewährt, wehn die Löhne der Gehilfen eine Erhöhung erfuhren. Darum durfte auch bei einer Reduzierung der Gehilfenlöhne die sowieso äußerst geringe Entschädigung der Lehrlinge nicht Gegenstand eines Abbaues sein. Daß die Einsparungen durch den Abbau der Lehrlingsentschädigung den Innungsbetrieben eine finanzielle Erleichterung bringen, vermag doch im Ernst niemand zu behaupten.

Diese Abbaumaßnahmen wirken um so mehr als schreiendes Unrecht an unserem Berufsnachwuchs, als man vor gar nicht allzu langer Zeit in manchen Innungen die Lehrzeit von 3 auf 3 1/2 Jahre heraufgesetzt hat. Der Lehrling hatte von dieser Maßnahme nur das eine, daß er dem Lehrmeister ein halbes Jahr länger zu einer äußerst geringen Entschädigung dienen durfte. Der Lehrmeister hatte den ganzen Profit dieser Lehrzeitverlängerung. Dazu kommt, daß heute in den meisten Innungsbetrieben überhaupt nur noch mit der billigen Arbeitskraft der Lehrlinge gearbeitet wird. Alle Redensarten von der Erhaltung und Hebung des Handwerks scheinen doch wirklich nur so gemeint zu sein, daß der Lehrmeister aus der jugendlichen Arbeitskraft das Menschenmöglichste herausholen will. Man erkennt doch fürwahr die Lage des größten Teiles der Lehrlinge, die infolge Arbeitslosigkeit im Elternhaus gezwungen sind, ihre Aufwendungen selbst zu bestreiten und daß dies bei den jetzigen Sätzen noch weniger möglich sein wird, als vordem. Sollte diese Erkenntnis nicht doch auch das Gewissen der Innungsmeister etwas belasten?

Aus dem Vorgehen der Innungen ergibt sich die dringende Forderung, auf gesetzlichem Wege dafür zu sorgen, daß dem veralteten System in der Berufsausbildung eine zeitgemäße Neuregelung entgegengesetzt wird, die den Lehrling der Willkür des Innungsmeisters entzieht.

Zur Abrechnung vom 4. Quartal 1931.

Nach der vorliegenden Abrechnung zählte der Verband am 31. Dezember 1931 17 426 männliche und 32 059 weibliche, zusammen 49 485 Mitglieder. Gegenüber dem Stand vom 30. September 1931 bedeutet das einen Rückgang in der Mitgliederzahl um 291 männliche und 1423 weibliche, zusammen 1714 Mitglieder.

Auf die einzelnen Beitragsklassen verteilen sich die Mitglieder wie folgt:

Beitragsklasse	Mitglieder	
	männl.	weibl.
1. Beitragsklasse	177	4 030
1. " m. Juv.	60	—
2. " "	322	7 717
3. " "	1 241	12 996
3. " m. Juv.	—	6 125
4. " "	2 778	1 080
5. " "	12 848	111

Außerdem gehören noch 1149 Lehrlinge der Lehrlingsklasse an gegenüber 1312 am Schluß des vorigen Quartals.

Dem Verband beigetreten sind im Laufe des vierten Quartals 123 männliche und 437 weibliche Berufsangehörige. Aus anderen Organisationen traten 9 männliche und 18 weibliche Mitglieder zu unserem Verband über. Diese Zugänge verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Beitragsklassen:

a) Männliche:

Lehrlingsklasse	Eintritte und	Uebertritt
1. Beitragsklasse	4	—
2. " "	—	—
3. " "	10	1
4. " "	28	2
5. " "	41	5

b) Weibliche:

Beitragsklasse	Eintritte und	Uebertritte
1. Beitragsklasse	180	4
2. " "	97	7
3. " "	157	7
4. " "	3	—

An Eintrittsgeld wurden 302,10 Mk. entrichtet, davon 81,90 Mk. von männlichen und 220,20 Mk. von weiblichen Mitgliedern.

An Beiträgen wurden insgesamt 367 992,20 Mk. geleistet. Davon entfallen auf die männlichen Mitglieder für 137 054 Beiträge = 189 071,30 Mk., auf die weiblichen Mitglieder für 251 867 Beiträge = 176 655,45 Mk. und auf die Lehrlingsklasse für 15 103 Beiträge = 2265,45 Mk. Nach dem Durchschnitt berechnet, leistete in den 13 Wochen des Quartals jedes männliche Mitglied 7,9 Beiträge und jedes weibliche Mitglied 7,8 Beiträge. Die durchschnittliche Höhe jedes einzelnen Beitrags betrug bei den männlichen Mitgliedern 137,9 Pf., bei den weiblichen 70,1 Pf. und bei beiden zusammen 73,9 Pf.

Auf die einzelnen Beitragsklassen verteilt sich die Beitragsleistung wie folgt:

a) Männliche Mitglieder:

Lehrlingsklasse	15 103 Beitr. à 15 Pf.	Mk.
1. Beitragsklasse	1 405 Beitr. à 30 Pf.	421,50
1. " m. Juv.	825 " à 50 "	417,50
2. " "	2 608 " à 60 "	1 564,80
3. " "	7 914 " à 75 "	5 935,50
4. " "	19 070 " à 120 "	22 884,—
5. " "	105 232 " à 150 "	1 578 848,—
Zusammen	137 054 Beiträge	189 071,30

b) Weibliche Mitglieder:

Beitragsklasse	30 638 Beitr. à 30 Pf.	Mk.
1. Beitragsklasse	30 638 Beitr. à 30 Pf.	9 191,40
2. " "	57 569 " à 60 "	34 541,40
3. " "	102 054 " à 75 "	76 540,50
3. " m. Juv.	51 093 " à 85 "	43 429,05
4. " "	9 388 " à 120 "	11 265,60
5. " "	1 125 " à 150 "	1 687,50
Zusammen	251 867 Beiträge	176 655,45

Für beitragsfreie Wochen infolge von Arbeitslosigkeit oder Krankheit wurden von den männlichen und weiblichen Mitgliedern zusammen 244 192 beitragsfreie Wochen geleistet. Durchschnittlich waren demnach in den 13 Wochen des vierten Quartals in jeder Woche 18 784 Mitglieder oder 37,9 Proz. der Mitglieder erwerbslos.

An sonstigen Einnahmen sind in den Zahlstellen 987,45 Mk. zu verzeichnen. Davon 904,25 Mk. für zurückgezahlte Unterstufungen, 43,20 Mk.

für in Verlust gefommene Mitgliedsarten und 40 Mk. für nachträglich gezahlte Kampffondsmarken. Die gesamten Einnahmen der Zahlstellen und Gauen belaufen sich auf 369 281,75 Mk.

Zufüsse aus der Verbandskasse waren 200 210,95 Mk. für Zahlstellen und 23 900 Mk. für die Bezirksleiter, zusammen 224 110,95 Mk. erforderlich.

Die gesamten Ausgaben der Zahlstellen und Gauen belaufen sich, ausschließlich der an die Verbandskasse eingeleiteten Beträge, auf 515 461,09 Mk. An die Verbandskasse wurde der Betrag von 21 634,79 Mk. eingeleitet.

Von den Ausgaben entfallen 281 627,10 Mk. auf die Arbeitslosenunterstützung, welcher Betrag sich wie folgt auf die einzelnen Beitragsklassen verteilt:

1. Klasse männl.	79,50 Mk.,	weibl.	2 415,60 Mk.
2. " "	921,40	"	26 980,20
3. " "	5 595,80	"	101 017,10
4. " "	16 034,80	"	7 479,10
5. " "	119 940,10	"	1 112,40
Zusammen männl.	142 622,70 Mk.,	weibl.	139 004,40 Mk.

Für Krankenunterstützung waren 45 032,75 Mk. erforderlich, die sich auf die einzelnen Beitragsklassen wie folgt verteilen:

1. Klasse männl.	23,10 Mk.,	weibl.	593,70 Mk.
2. " "	137,25	"	4 354,80
3. " "	511,10	"	15 678,10
4. " "	2 114,30	"	1 981,10
5. " "	19 433,40	"	205,90
Zusammen männl.	22 219,15 Mk.,	weibl.	22 813,60 Mk.

Invalidenunterstützung kam an 550 männliche und 36 weibliche Invaliden im Betrage von 69 377,50 Mk. zur Auszahlung. Für ärztliche Hilfe waren 266,78 Mk. zu erstatten.

Für Umzugsunterstützung waren an drei männliche und zwei weibliche Mitglieder 260 Mk. zu zahlen.

An die Hinterbliebenen von 31 männlichen und sieben weiblichen verstorbenen Mitgliedern wurden zusammen 3687 Mk. Unterstufungen gezahlt.

Für Rechtschutz wurden an 17 männliche und 15 weibliche Mitglieder 710,66 Mk. aufgewandt.

Notstandsunterstützung kam an sechs männliche Mitglieder mit 255 Mk. zur Auszahlung. Als Gemahregelte waren fünf männliche und 10 weibliche Mitglieder mit zusammen 928,10 Mk. zu unterstützen.

An Extrainterstützung für ausgesteuerte arbeitslose Mitglieder kamen im 4. Quartal 35 717 Mk. zur Auszahlung.

Für Lohnbewegungen wurden in den Zahlstellen 1825,63 Mk. und für außerordentliche Agitation 1457,80 Mk. verausgabt.

Zur Bestreitung örtlicher Ausgaben mußten 74 315,77 Mk. den Zahlstellen und Gauen belassen werden. Als Vortrag für das erste Quartal 1932 verbleiben 46 358,12 Mk. in den Kassen der Zahlstellen und Gauen, dem ein Guthaben bei der Verbandskasse von 38 122,04 Mk. gegenübersteht.

Nach den Separatabrechnungen der Bezirksleiter hatten diese an Ausgaben 24 236,43 Mk. zu bestreiten. In den Kassen der Bezirksleiter ist ein Bestand von 3355,89 Mk. vorhanden, dem ein Guthaben bei der Verbandskasse von 1086,12 Mk. gegenübersteht.

Der Abschluß der Verbandskasse weist an Einnahmen 104 203,57 Mk. und an Ausgaben 292 617,45 Mk. auf, so daß eine Mehrausgabe von 188 413,88 Mk. zu verzeichnen ist.

Der Bestand der Reserven für die Invalidenunterstützung ist im vierten Quartal 1931 um 5332,83 Mk. zurückgegangen. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß den Reserven für das Jahr 1931 34 919,95 Mk. Zinsen zugeführt sind, die restlos für die Invaliden im vierten Quartal mit verwendet wurden. Den Reserven mußten daher zur Unterstützung der invaliden Mitglieder insgesamt 40 252,78 Mk. entnommen werden.

Die Unterstufungskasse der Funktionäre schließt für das vierte Quartal 1931 mit einem Bestand von 153 198,18 Mk. ab. Wilhelm Greve.

Zahlstellenskonferenz im Gau Rheinland-Westfalen.

Am 28. Februar fand in Wuppertal eine Konferenz der Zahlstellen für den Gau Rheinland-Westfalen statt. Nach einem Beschluß des letzten Gautages sollen unsere Gautage in der Regel vor dem Verbandstag stattfinden. Da diesmal die Fristen zur Wahl der Delegierten und zur Stellung von Anträgen nicht ausreichten und vor allem um Kosten zu sparen, wurde vom Gauvorstand eine Konferenz einberufen. Alle Zahlstellen und die Einzelmitglieder waren vertreten durch 42 Delegierte aus 26 Orten, dazu kamen einige Gäste. Zu Vorsitzenden wurden die Kollegen Dreger und Grünen, zu Schriftführern die Kollegen Dechant und Stodebrandt bestimmt.

Nach einleitenden Worten der Begrüßung gedachte Kollege Dreger des verstorbenen Kollegen Quack-M.-Glabbach, des schwer erkrankten Gautafflerers Kollegen Mehler und des Kollegen Hentes, Bonn.

Zur „Wirtschaftsstrife“ hielt Dr. Born, Köln, einen ausgezeichneten Vortrag, reich mit Material belegt. Als Hauptursachen der Krise betrachtete er die Nachwirkungen des Krieges, die politischen Schulden und die Friedensverträge, den Ausbau der Industrie in vielen Ländern zu einer Vollkommenheit, dem kein Abfuß gegenübersteht, das Steigen des Goldpreises und das Sinken der Silberwährungen. Bei einer Ueberfülle von Rohstoffen und Arbeitskräften müßten Millionen Menschen hungern. Zum Schluß wandte er sich scharf gegen die Rezepte der Gewaltanbeter von rechts. — Der Vortrag fand vielen Beifall. An der Debatte beteiligten sich die Kollegen Klinkert, Wiesede, Baues, Meusers und Simons, im ganzen zustimmend.

Dann gab Dreger einen Bericht über die Bestrebungen der Außenleiter der Reichstaxtarife und die Stellungnahme der Schlichter dazu gelegentlich der Durchführung der letzten Notverordnung: Es hat sich gezeigt, daß sich die Schlichter, besonders Prof. Brahn, völlig die Ansicht der Unternehmer zu eigen machen. In der zweiten Hälfte des Vorjahres war es den Unternehmern mit Hilfe der staatlichen Schlichtungsstellen gelungen, in Wuppertal und M.-Glabbach einen materiellen Einbruch in den Reichstaxtarif zu erreichen. Der Lohn war dort durch verbindlichen Schiedspruch um 7 bzw. 6 Prozent gekürzt worden. Bei den Verhandlungen zur Durchführung der Notverordnung verlangten die Unternehmer eine größere Senkung der Löhne, als in der Notverordnung vorgesehen war, mit der merkwürdigen Begründung, die Tarife müßten „verfeinert“ werden. Der jahrelange Kampf gegen den Reichstaxtarif wäre sonst vergeblich geblieben. Der Reichstaxtarif von 1927 und der (uns aufgezwungene) örtliche Tarif von 1931 seien nicht „vergleichbar“. Der Schlichter für Westfalen setzte die Löhne um 3½ Pf. in der Spitze niedriger und der Schlichter für Rheinland, offenbar davon beeinflusst, für Glabbach-Rheinldt um 1½ Pf. niedriger fest, als ihn der Reichstaxtarif von 1927 vorsch. Weiter schilderte Dreger an dem Beispiel der Briesumslagfabrik Lucas in Essen, welche Zustände durch eine unorganisierte Belegschaft einreißen können. Dort wurde 53 Stunden gearbeitet zu Löhnen, die bis zu 40 Prozent unter dem Tarif lagen. Durch Ueberstunden wurden Arbeitszeiten erreicht von 70 Stunden ohne Zuschlag. Natürlich war auch kein Betriebsrat vorhanden. Eine einseitig erlassene Arbeitsordnung verbietet jede Betätigung gewerkschaftlicher Art bei Strafe der fristlosen Entlassung. Es gelang dort, eine Erhöhung der Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit und die Wahl eines Betriebsrates durchzusetzen. Der Inhaber rächte sich durch Maßnahmen auf Grund der Arbeitsordnung. Einige Lohnklagen wurden erfolgreich durchgeführt, die Klagen wegen Entlassung verliefen erfolglos.

In der Debatte kam allgemein zum Ausdruck, daß die Friedensklausel in Wuppertal befristigt werden müsse, nach der der Zwangstarif so lange weitergilt, bis ein abgeschlossenes Schlichtungsverfahren vorliegt. Im offenen Kampfe müsse der Reichstaxtarif zurückerobert werden. — Kollege Meusers beantragte, baldigst einen Gautag einzuberufen. Er kritisierte die Einberufung der Konferenz an Stelle des Gautages. Dreger gab die Gründe bekannt, die den Gauvorstand hierzu veranlaßt haben. Er bedauert, daß die Zahlstellen des Ruhrgebiets besondere Zu-

fammentünfte veranstalten und Anträge zum Verbandstag gestellt haben, ohne sie dem Gauvorstand einzureichen. — Diese hielt die Kosten eines Gautages nicht für höher als die einer Konferenz und wies darauf hin, daß schon vor dem Kriege Zusammenkünfte der Ruhrzahlstellen stattgefunden hätten. In der Besatzungszeit seien diese Zusammenkünfte eine dringende Notwendigkeit gewesen. Es würden keine Sonderinteressen vertreten, sondern nur das Beste für den Verband erstrebt. — Dreger betonte, daß andere Zahlstellen das gleiche Recht beanspruchen könnten. Das müsse zur Desorganisation führen. — Ein Schlußantrag machte der Debatte ein Ende.

Nach einer Aussprache über die vorliegenden Anträge zum Verbandstag waren diese einer Kommission von fünf Kollegen überwiesen worden, für die Kollege Klimm Bericht erstattete. Angenommen wurden Anträge auf Beibehaltung der jetzigen Beiträge, um die Leistungen möglichst hochzuhalten. Den arbeitslosen Mitgliedern soll es ermöglicht werden, den Anteil für die Invalidenunterstützung weiter zu leisten. Die Tagesätze der Arbeitslosenunterstützung sollen herabgesetzt und die Dauer der Bezugszeit verlängert werden. Auch die Krankenunterstützung soll herabgesetzt werden. Ferner wurden angenommen Anträge auf Herabsetzung der Gehälter der Angestellten und der Diäten für Reisen, auf Förderung der Jugendgruppen durch finanzielle Hilfe durch die Verbandskasse und andere Maßnahmen, Ausbau der „Buchbinder-Zeitung“ und Weiterzahlen der monatlichen Extraaufstützung ohne Begrenzung der Zeitdauer.

Unter „Verschiedenes“ fand eine Debatte statt über das Krümpersystem, wozu Kollege Sperling Ausführungen machte. Man kam zu dem Schluß, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit besser ist, daß aber von Fall zu Fall entschieden werden muß. Im allgemeinen ist die Ablehnung vorzuziehen, zumal in unserem Gau bei dem Vorherrschenden kleiner und mittlerer Betriebe nur wenige dafür in Frage kommen. Auf Anfrage des Kollegen Meuser bestätigt Dreger, daß Bestrebungen von ganz links oder rechts, in den Betrieben unseres Berufs Einfluß zu gewinnen, fast ganz erfolglos waren.

Kollege Dreger ermahnte die Kassierer dringend, die Abrechnungen möglichst früh fertigzustellen, damit die Zusammenstellung des Gaus der Verbandskasse auch rechtzeitig eingeleitet werden kann.

Zur Besichtigung des Verbandstages durch den Gau wurde beschlossen, daß unbeschadet der Rechte der Mitglieder die Wahl der Kollegen Grünen, Wuppertal, Roemer, Düren, und Sperling, Dortmund, empfohlen werden soll, wenn die Wahlreiseintellung dies zuläßt. Die Zahlstellen Düsseldorf und Köln verdrängen auf die Auffstellung eines Kandidaten.

Im Schlußwort dankte Kollege Dreger allen Funktionären für die Arbeit in dieser schweren Zeit und wies auf die kommenden Wahlen hin. Wenn Gewalt angewendet wird gegen die Rechte der Arbeiter, dann muß diese mit der Eisernen Front niedergeschlagen werden. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Tagung geschlossen.

Vorständekonferenzen im Gau Thüringen

fanden am 21. Februar in Greiz und am 6. März in Weimar statt. Die Abhaltung des Verbandstages in diesem Jahre hatte den Gauvorstand vor die Frage gestellt, ob es zweckmäßig sei, den Gautag — wie üblich — vor dem Verbandstage stattfinden zu lassen. Bestimmend für uns war die Tatsache, daß Anträge, die eine weitere Belastung für die Verbandskasse bedeuten würden, zum Verbandstag nicht gestellt werden dürfen. In einem Rundschreiben des Gauvorstandes vom 2. Februar wurden die Zahlstellen aufgefordert, sich dazu zu äußern. Nur zwei Zahlstellen waren für die Einberufung des Gautages vor dem Verbandstag, einige andere wollten dies dem Gauvorstand überlassen und die übrigen nahmen überhaupt nicht Stellung. Mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse beschloß der Gauvorstand darum, Vorständekonferenzen abzuhalten, zu denen die Vorsitzenden und Kassierer der Zahlstellen geladen wurden. Aus Sparmaßregeln fanden zwei Konferenzen statt, für die ostthüringischen Zahlstellen in Greiz und für die anderen in Weimar.

Diese Tagungen ermöglichten eine Durchberatung und Stellungnahme zu Anträgen zum Verbandstag, verursachten aber der Gautage viel geringere Kosten. Gleichzeitig konnten auch noch andere für den Gau wichtige Fragen mit beraten werden. Allerdings hatte diese Tagung den Nachteil, daß Anträge, die erst in der zweiten Konferenz in Weimar gestellt wurden, bei der ersten in Greiz nicht mit zur Beratung standen.

Von den wichtigeren Anträgen, die auch für die Allgemeinheit von Bedeutung sind, kam zunächst ein Antrag von Altenburg zur Beratung, „Pflichtbeiträge in Höhe von 10 Pf. von den männlichen und von 5 Pf. von den weiblichen Mitgliedern pro Woche für die Zeit der Arbeitslosigkeit zu erheben“. Nach reiflicher Aussprache in Greiz angenommen, wurde er jedoch in Weimar abgelehnt und kann er deshalb nicht weitergeleitet werden.

Genau so erging es einem Antrag der Zahlstelle Altenburg, der an die Ehefrau oder die Eltern von Mitgliedern, die die Karenzzeit zum Bezuge von Invalidenunterstützung erreicht haben, aber vorzeitig durch Tod auscheiden, einen noch zu bestimmenden Betrag ausgezahlt wissen wollte.

Einen breiten Raum nahm der Antrag ein, nach dem arbeitslose Mitglieder bei Wiedereintritt in ein Arbeitsverhältnis die Möglichkeit haben sollen, durch Zahlung eines doppelten Invalidenbeitragsanteiles die Anwartschaft auf die Invalidenunterstützung des Verbandes zu erreichen. Dieser Antrag, der von mehreren Zahlstellen gestellt worden war, fand einstimmige Annahme.

Ein weiterer Antrag, der die Kürzung der Beiträge für den Verband um 10 Prozent verlangte, wurde deshalb abgelehnt, weil damit notwendigerweise eine Kürzung der Unterstützungsätze verbunden sein müßte. Die amwesenden Vorsitzenden und Kassierer der Zahlstellen waren nach reiflicher Aussprache einstimmig der Meinung, daß wir versuchen sollten, die Unterstützungen des Verbandes in der heutigen Höhe den Mitgliedern zu erhalten.

Ferner fand ein Antrag der Zahlstelle Eisenberg folgenden Inhalts Annahme: „Zahlstellen bis 200 Mitglieder erhalten 10 Prozent, solche über 200 bis 500 Mitglieder 15 Prozent Beitragsanteil zur Bestreitung der örtlichen Ausgaben. Zahlstellen mit über 500 Mitgliedern ohne Angestellten erhalten für den gleichen Zweck 20 Prozent der Beiträge.“ Ebenso fand ein Antrag der Zahlstelle Eisenberg Annahme, nach dem das Defizit der Botalkasse in Höhe von 450,25 Mk. von der Verbandskasse übernommen werden soll.

Ein Antrag auf Abschaffung des Beitrags fand durch die ostthüringischen Zahlstellen Annahme, er verfiel jedoch in Weimar der Ablehnung und gilt deshalb von der Konferenz als nicht gestellt.

Weiter lagen drei Anträge vor auf Änderung des Gehaltes der Angestellten. Der niedrigste, von der Zahlstelle Halle gestellt, sieht vor, daß die Angestellten 60 Prozent über den Spitzenlohn des VDB-Tarifs erhalten sollen. Er fand Annahme.

Von Mühlhausen wurde verlangt, daß bei künftigen Lohn- und Tarifverhandlungen die vier graphischen Verbände gemeinsam vorgehen sollen. Dieser Antrag wird dem Gauvorstand zur Kenntnis gebracht.

Weiter soll sich der Gauvorstand mit der Formulierung eines Antrages beschäftigen, der aus anderen Verbänden übertretende Mitglieder, die ausgeteuert waren, bei uns erst nach 30 Wochen Beitragsleistung bezugsberechtigt werden läßt.

Nach Behandlung einiger Anträge, die den Gau betrafen, gab Kollege Wachner einen kurzen Überblick über die gegenwärtige Zeit und die Reichspräsidentenwahl. Hierauf kam die Versammlung zum Abschluß.

R. Lander, Weimar.

Stimmen

aus unserem Kollegenkreis.

Unsere Invalidenunterstützung:

In Nr. 8 unserer „Buchbinder-Zeitung“ befindet sich ein Aufsatz des Kollegen Bauer, Stuttgart, über unsere Invalidenunterstützung. Die dort gemachten Ausführungen betreffen des Ausbaues dieser Unterstützung möchte ich kräftig unterstützen. Ich bitte die arbeitslose Kollegenchaft, mit allem Nachdruck dafür zu stimmen, daß eine Sonderbeitragsleistung für diesen Unterstützungszweig ermöglicht wird. Denjenigen Kollegen, die ihr ganzes Leben lang treu ihre Beiträge entrichtet haben, muß Gelegenheit gegeben

sein, die Karenzzeit zum Bezuge der Invalidenunterstützung zurücklegen zu können. Ich bin mir bewußt, daß unsere Kollegen und Kolleginnen, die die Zeichen der Zeit verstehen, mit mir der gleichen Ansicht sind. Ganz besonders unterstützen möchte ich auch den Kollegen Bachmann, Kassel (Nr. 10 der „Buchbinder-Zeitung“). Was den Kriegsteilnehmern recht war, muß den unschuldigen Arbeitslosen billig sein. Darum tretet ein für eine Regelung in diesem Sinne.

R. Schill, Stuttgart.

*

Lohn und Beitrag.

Kollege Schabacker, Leipzig, stellt in seinem Artikel in Nr. 9 zunächst unter Beweis, welche Differenz zwischen dem heutigen Reallohn und dem des Jahres 1925 vorhanden ist und folgert daraus, nun müsse auch der Beitrag bzw. die daraus zu bestreitenden Ausgaben entsprechend gesenkt werden. Richtig ist auch, daß wir heute an der Grenze unseres Könnens angelangt sind und die Funktionäre in den Betrieben einen sehr schweren Stand haben.

Wenn wir nun alle diese Dinge betrachten, dann müssen wir zunächst feststellen, daß jedenfalls die Unterstützungen des Verbandes bis einschlt. 2. Quartal 1932 eine Leistung darstellt, auf die wir stolz sein können. Vielen tausenden Kolleginnen und Kollegen waren diese eine wertvolle Hilfe in ihrer Not und statt eines Abbaues, wie überall, war es sogar möglich, eine außerstatutarische Extraaufstützung für Ausgeteuerte durchzuführen. Wir wollen nicht verkennen: Das ist eine Leistung. Gerade deshalb ist es jedoch unbedingt notwendig, auf dem Verbandstag einen Ausgleich in den Einnahmen und Ausgaben herbeizuführen. Also streichen wir an den Ausgaben bzw. Unterstützungen, lagen viele. Ja, wenn die Arbeitslosigkeit heute nicht von so langer Dauer wäre! So aber sehe ich nur die Möglichkeit, bei der Arbeitslosenunterstützung die täglichen Sätze etwas zu senken und im allgemeinen die Woche zu 6 Tagen zu rechnen, dafür aber die Dauer bis zur Grenze des augenblicklichen Höchstbetrages zu verlängern. Das bedeutet nun zwar keinen Abstrich, aber doch eine sehr wesentliche Entlastung der Kasse. Eine andere Regelung werden wir in diesem Zweig wohl kaum treffen können, wenn wir die älteren Kollegen, die all die Jahre gezahlt haben, nicht zurücksetzen wollen.

Zugunsten der Arbeitslosenunterstützung könnte man allerdings die Krankenunterstützung sowohl in ihren Tagesätzen als auch in der Dauer tatsächlich kürzen. Da aber durch Notverordnung keine Krankentafel vom 1. Tage an Krankengeld zahlen darf, könnte man hier der Kollegenschaft entgegenkommen und ebenfalls Unterstützung vom 4. Tag an gewähren. Im übrigen sollte auch hier die Woche nur zu 6 Tagen rechnen.

Bei der Invalidenunterstützung, deren Anteil ja ab 1. Januar verdoppelt wurde, sollte man eine zusätzliche Einnahme dadurch schaffen, daß es den erwerbslosen Kollegen ermöglicht wird, ihren Anteil durch besondere Marken zu entrichten. Eine mäßige Senkung des Grund- sowie des Höchstbetrages der Unterstützung wird vielleicht trotzdem nicht zu umgehen sein, denn diese Unterstützung muß sich selbst tragen.

Wenn man nun so die Dinge sieht, kommt man zu der Auffassung, daß ein Abbau der Beiträge im Interesse der Kollegenchaft im Augenblick schlecht möglich ist. Infolgedessen ist auch auf der Zahlstellenkonferenz Rheinland-Westfalens ein Antrag angenommen worden, der die Beibehaltung der geltenden Beiträge vorseht, vorausgesetzt, daß kein weiterer Lohnabbau eintritt. Ich sehe ein, daß das für viele sehr schwierig ist, besonders für die Kurzarbeiter. Wenn da die statutarischen Bestimmungen des § 8 von den Zahlstellen loyal gehandhabt werden, sollte es kein unüberwindliches Hindernis sein, eingedenk dessen, daß wir heute unbedingt zu unserer Organisation stehen müssen.

Und nun etwas zu der Haltung des Gauvorstandes. Die Zusammenarbeit mit dem Beirat läßt ja nun doch wohl etwas zu wünschen übrig, sonst hätte sich schon im Laufe der Zeit eine Einberufung ermöglichen lassen. Nach dem alarmierenden Artikel in Nr. 31 des vergangenen Jahres und der lebhaften Diskussion darüber in der „Buchbinder-Zeitung“ war man allgemein der Ansicht, daß Gauvorstand und Beirat nach Ablauf des 3. Quartals eine

provisorische Regelung der schwebenden Fragen treffen würden. Es erfolgte, gerade noch in letzter Stunde, die Urabstimmung betr. die Invalidenunterstützung, die zwar zum Erfolg führte, alles andere aber unberührt ließ. Man wußte doch, daß die Lohnsätze zum 13. Januar ablesern, auch war mit einer Senkung des Lohnes zu rechnen, wenn auch nicht in dem Ausmaß, wie geschehen. Infolgedessen galt es, die Kassennittel zu strecken, um in absehbarer Zeit — jetzt auf dem Verbandstag — auch mit einer kleinen Senkung der Beiträge aufwarten zu können. Nach den eingangs gemachten Vorschlägen wäre auch bestimmt eine Einparnung möglich gewesen, z. B. durch die Dauer der Arbeitslosenunterstützung in der 5. Klasse von 34 Wochen gegen 22 Wochen, der Wegfall von drei Monatsbeiträgen in der Unterstützung für Ausgesteuerte. Es muß natürlich auch vornehmste Pflicht des Verbandsvorstandes sein, die Verwaltungskosten, z. B. durch Aufgeben weiterer Dezentralisierung und durch sonstige Einsparungen, auch bei den Gehältern, herabzudrücken. Nach den Rundschriften traut sich der Vorstand an das letztere nicht recht heran, doch in vielen Zahlstellen sind schon seit fast Jahresfrist die Entschädigungen für die ehrenamtlichen Funktionäre, trotz vermehrter Arbeit, um die Hälfte gesenkt worden oder gar ganz weggefallen.

Wenn so die Vorbedingungen geschaffen werden und der Verbandstag Ersprekliches leistet, wird man zum Ende des Jahres wieder eine gesündere Basis vorfinden und — so hoffe ich — auch wieder ein langsamer Aufstieg vor sich gehen.

S. Hegemann, Düsseldorf.

Berichte.

Siegen-Becklar. Unsere Jahresversammlung vom 28. Februar hatte einen guten Besuch. Unter den schwebenden Mitgliedern befanden sich gerade die, die es nötig hätten, in die Versammlung zu kommen, um zu erfahren, wie es in und um den Verband steht. Es sind doch immer die, die am Verband und seinen Unterstützungsrichtungen stets Kritik üben. Unser erster Vorsitzender, Kollege Falkenheimer, gab den Jahresbericht. Auch in unserer Zahlstelle werjen Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Lohnabbau und andere Wirren ihre dunklen Schatten. Der bis zum Ende des Jahres immer schlimmere Formen annehmende Wirtschaftsniedergang brachte auch einen Teil unserer Kolleginnen und Kollegen um Arbeit und Brot. Unsere Mitgliedszahl konnte trotzdem erhalten werden. In Vertretung unseres Kassierers Ritz erstattete Kollege Falkenheimer auch den Kassenbericht. Dieser zeigte, daß der Verband vielen unserer Mitglieder ein guter Helfer war. An die arbeitslosen, ausgesteuerten und tranken Mitglieder sind erhebliche Beträge an Unterstützungen gezahlt worden. Trotzdem verfügen wir noch über einen guten Kassenbestand. — Die Neuwahl ergab die Wiederwahl sämtlicher seitheriger Vorstandsmitglieder. Die Stellungnahme zum Gautag löste eine lebhaftige Debatte aus. Als Delegierter wurde Kollege Falkenheimer gewählt. Nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten richtete Kollege Falkenheimer einen Mahnruf an alle Kolleginnen und Kollegen, auch im kommenden Jahre dem Verband die Treue zu halten und legt erst recht zusammenzusehen, um zu verhindern, daß der Faschismus an die Macht kommt. Die Eisenerne hat sich auch in unserem Bezirk gebildet. Unsere Mitglieder werden sich alle in das Eisenerne Buch eintragen und sich mit ihrer ganzen Person für die Rechte der Arbeiterschaft und für den Bestand der deutschen Republik einsetzen.

Leipzig. Unsere am 8. März stattgefundene Generalversammlung erfreute sich eines sehr guten Besuches. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Kollege Haffner der Verstorbenen des vergangenen Jahres, die in üblicher Weise von der Versammlung geehrt wurden. Weiter dankte Haffner den 64 neuen Jubilaren im Namen der Zahlstelle und des Verbandsvorstandes für ihre Treue zur Organisation. Die Zahlstelle Leipzig hat nun die staatliche Zahl von 761 Jubilaren erreicht.

Den Geschäftsbericht erstattete Kollege Hefse. Schwer lastet die Not der Zeit auf der arbeitenden Bevölkerung. Das Jahr 1931 war das schlimmste, was wir selber erlebt. Die Welt wird von einer Wirtschaftskrise heimgesucht, wie wir sie in diesem Ausmaß nie gekannt haben. Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Betriebsstillegungen zeichnen den Weg der Krise. Die Notverordnung mit ihrer Kürzung der Sozialleistungen und der Öhne hat das Elend noch vergrößert, da der verprophete Preisabbau nicht in dem Maße erfolgte, um die Kaufkraft der Massen zu

erhalten. Darüber hinaus versucht das Unternehmertum die bestehenden Leistungsulagen abzubauen. Die schon seit Jahren anhaltende Krise ist nicht zu vergleichen mit den sogenannten Konjunkturkrisen früherer Zeiten. Eine strukturelle Wandlung der Produktion gibt dieser Krise das Gepräge einmal dadurch, daß eine Reihe seitheriger Agrarländer zu Industrieländern geworden sind, die ebenfalls versuchen, ihre Artikel auf dem Weltmarkt zu placieren, auf der anderen Seite durch die Rationalisierung. Um der Krise Herr zu werden, muß ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt und die 40- bzw. 36-Stunden-Woche durchgeführt werden. Die von der Regierung geplanten Siebungen sind keine Allheilmittel. Um aber endlich einer planmäßigen Wirtschaft näherzukommen, muß die Uneinigkeit in der Arbeiterschaft aufhören, das Vertrauen zu den Funktionären und Führern hergestellt und der einheitliche Kampf aufgenommen werden.

Kollege Bönisch erstattete hierauf den Kassenbericht. Entsprechend der großen Arbeitslosigkeit mußten Zuschüsse in Höhe von 115 000 M. von der Verbandskasse angefordert werden. Trotz der Unterstützung an Ausgesteuerte hat sich die Lokalkasse mit einem Be-

Kolleginnen und Kollegen! Väter und Mütter!

Eure gewerkschaftliche Pflicht ist noch nicht erfüllt, wenn ihr nur selbst der Organisation angehört. Eure Pflicht ist es, die erwerbstätigen Familienangehörigen, besonders auch die in der Heimarbeit beschäftigten, der zuständigen Gewerkschaft zuzuführen. Eure im Lehrverhältnis befindenden Ööhne gehören in die Jugendabteilung des zuständigen Verbandes.

stand von 73 000 M. gut gehalten. — Kollege Kern gab den Bericht vom Ortsausschuß; es fanden vier Kartell- und drei Vorstandsführungen statt. Die Beteiligung an den Kursen für Betriebsräte und in der Wirtschaftsschule waren zufriedenstellend.

In der folgenden Aussprache versuchte Kollegin Hempel der Versammlung das Märchen aufzuklären, die Gewerkschaften hätten Abmachungen mit dem Unternehmertum getroffen, wonach sie auf das Streikrecht verzichteten. Im übrigen seien die Gewerkschaftsführer an allem Unheil schuld. Auf die Zurufe der Versammelten, doch Wege zu zeigen, die aus dem Chaos führen, schwieg sich die Rednerin aus. Am Schluß ihrer Ausführungen kam sie auf die Präsidentenwahl zu sprechen und machte für Thälmann Stimmung; sie fand jedoch bei der Versammlung keinen Anklang. Kollege Mähler verfiel sich zu der Behauptung, daß wohl Kollege Hefse zum Sturm blase, doch Haffner dann warne und bremse und so ein Pendeln zwischen beiden zu konstatieren sei. Kollege Müller zeichnete in treffenden Worten das Doppelspiel der Opposition. Wie ihre proletarische Einheitsfront aussehe, zeigen die Volksbegehren in Preußen und Sachsen, bei denen die Kommunisten mit den ärgsten Feinden der Arbeiterschaft, den Nazis und dem Stahlhelm, Hand in Hand gehen. In seinem Schlußwort wandte sich Kollege Hefse gegen die beiden kommunistischen Sprecher. Wie die Arbeit der Kommunisten dort aussehe, wo sie die Macht in den Händen haben, zeigen die Konsumvereine Halle, Bitterberg und Hanau. Die roten Proviantämter, wie sie überheblich genannt werden, sind durch die Wirtschaft dieser Führer elend zusammengebrochen. In Leuna, der Domäne der RÖD., ist nur noch ein Trümmerhaufen geblieben. Bei der Präsidentenwahl geht es nicht um Hindenburg, es geht um das System, es geht gegen Hitler und seinen blutrünstigen Faschismus. — Kollege Haffner wandte sich gleichfalls gegen die Oppositionsredner. Er verwies auf eine der letzten Funktionärsversammlungen, in der ein Antrag der Opposition verlangte, daß wir nach den Richtlinien der RÖD. arbeiten sollten. Dies habe er ablehnen müssen und er werde es in Zukunft weiter so ablehnen. Mähler operiere unehrlich, denn niemals sei er (Haffner) einer Bewegung lähmend in die Arme gefallen.

Der Antrag des Kollegen Mähler, für die Ortsverwaltung eine Urwahl vorzunehmen, verfiel gegen 15 Stimmen der Ablehnung. Damit wurde der Antrag der Funktionäre, die Ortsverwaltung ein weiteres Jahr im Amt zu belassen, durch die Versammlung bestätigt. Der Antrag auf Verlängerung

der lokalen Unterstützung für Ausgesteuerte bis zum 30. Juni 1932 wurde einstimmig angenommen.

An Stelle des ausscheidenden Kollegen Beder wurde Kollege Bogtänder als Revisor gewählt. Als Branchenobleute wurden Adler für die Kartonnagenbranche, Bolte für die Zugsappierbranche und Kollege Kämpfe für die Briefumschlagbranche wieder befristet.

Kollege Hefse gab bekannt, daß 24 Abänderungsanträge zum Ortsstatut bei der Verwaltung eingegangen seien, sowie auch eine Anzahl Anträge zum Verbandstag. Die Anträge zum Ortsstatut wurden entsprechend einem Beschluß der Funktionäre von der Generalversammlung bis nach dem Verbandstag zurückgestellt. Die Anträge zum Verbandstag sind von einer Kommission geprüft und als brauchbares Material zusammengestellt worden. Hauptziel war dabei, zu einer Sanierung der Verbandskasse zu kommen und das Verbandsgebäude intakt zu halten. Wegen wenige Stimmen der Unentwegten stimmte die Versammlung den Kommissionsanträgen zu. Delegierte zum Verbandstag hat die Zahlstelle Leipzig zehn zu stellen. Die Vorschläge hierzu sind eingereicht. Da Kollege Hefse auf Grund des Statuts mit Stimmrecht am Verbandstag teilnehmen kann, hat er sich auf Veranlassung der Funktionäre von der Kandidatenliste streichen lassen, um einen Berufstätigen mehr delegieren zu können. Eine Entschließung an den Verbandstag, den Kampf aufzunehmen gegen Rotverordnungs- und für Einführung der 40-Stunden-Woche, wurde gegen wenige Stimmen der Oppositionsleute angenommen. — Zum Schluß erwähnte Kollege Haffner, die letzten Tage bis zur Wahl auszunutzen. Thälmann ist Zähmann, alles herangeholt für Hindenburg gegen Hitler. Die Versammlung war bis zum Schluß vom besten Geiste befeelt.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

1. Die Lokaltbeiträge sind in der Zahlstelle Nordhausen ab Woche 14 mit Genehmigung des Verbandsvorstandes neu geregelt. Sie betragen in Beitragsklasse

II 10 Pf., III 10 Pf., IV 10 Pf., V 30 Pf.

2. Materialverhand. An die Kassierer aller Gauen und Zahlstellen sind in den letzten Tagen verandt worden:

- 1. Abrechnungsformulare und Ergänzungsbogen für den Abschluß des 1. Quartals;
- 2. Kassenabschlußformulare für die Kassenrevisionen;
- 3. Berichtskarten an den Gauvorstand über einen Auszug aus der Quartalsabrechnung;
- 4. Rundschriften 343.

Coste diese Sendung bis zum 19. März irgendwo nicht eingetroffen sein, bitten wir um Nachricht.

*

Adressenänderungen:

B = Bevollmächtigter, K = Kassierer.

Gau Nordosten. B.: Hugo Semler, Berlin-Johannisthal, Lindhorstweg 1, Fernsprecher Jannowitz 1063.

K.: Räte Zimmermann, Berlin-Waldmannslust, Waldmannstr 28, Postfachkonto Berlin 740 64. Hildesheim. B.: Arthur Runte, Postalozzistr. 3, II.

K.: Ernst Bensf, Schützenwiese 48, II. Unterstützungsausgeber: A. Runte, Postalozzistr. 3, II, mittags von 13 bis 13.30 Uhr.

Trier/Mosel. B.: D. Buch jr., Trier-Deiwig, Kleeburger Weg 80. K.: E. Ender, Saarstr. 79.

Der Verbandsvorstand.

Inhaltsverzeichnis.

Der Krisentongreß der Gewerkschaften.
Der Arbeitsmarkt im Februar.
Gautag im Gau Nordosten.
Das Clerikale Vermächtnis. I.
„Lohnabbau“ auch bei den Lehrlingen.
Zur Abrechnung des Verbandes vom 4. Quartal 1931.
Zahlstellenkonferenz im Gau Rheinland-Westfalen.
Vorstandskonferenzen im Gau Thüringen.
Stimmen aus unserem Kollegenkreis: Unsere Invalidenunterstützung — Lohn und Beitrag.
Berichte: Siegen-Becklar — Leipzig.
Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes: Lokaltbeiträge — Materialverhand — Adressenänderungen.